

## Europäische Krise

### Monsterwellen gegen den attischen Leuchtturm

Von Karl Georg Zinn

Die Austeritätspolitik verschärfte die Krise in der Europäischen Union. Das wissen wir längst. Die Anklageschrift gegen das neoliberalistische Regime liegt vor und braucht nicht durch weitere Anlagen aufgebläht zu werden. Den südeuropäischen Ländern wurde durch die Troika nicht nur eine Krisenverschärfung aufgebürdet, sondern es kam zur Katastrophe. Die Katastrophe hat tödliche Folgen. Der Anstieg der Suizid-Ziffern zeigt nur die Spitze des Eisbergs der Verzweiflung. Wie viele Tote gehen auf das Konto der fast zusammengebrochenen Gesundheitsversorgung Griechenlands? Der neoliberalistische Kapitalismus steigt wortwörtlich über Leichen. Das wäre in den Jahrzehnten des sozialstaatlichen Kapitalismus vor den 1970er Jahren noch kaum denkbar gewesen, geschweige denn, dass das politische Establishment und seine Medien hätten wagen dürfen, die Verzweiflung der arbeitenden Klasse in den europäischen Nachbarländern rhetorisch kleinzureden und den Begriff der europäischen Solidarität auf die Sozialisierung der Spekulationsverluste einer reichen und superreichen Klientel anzuwenden – und damit zu schänden. Soweit zum moralischen Verfall im neoliberalistischen Kapitalismus. Der moralische Niedergang korrespondiert selbstredend mit dem der Realwirtschaften, und das begann vor mehr als dreißig Jahren.

Der Gegenwartsblick auf die realwirtschaftlichen Verhältnisse genügt nicht, um zu begreifen, was Sache ist. Denn auch schon vor der spezifisch europäischen Krisenverschärfung<sup>1</sup> nach Beginn der Großen Krise hatte die Arbeitslosigkeit in den meisten EWU-Ländern ein skandalös hohes Niveau erreicht. Es wurde nur kaum als Skandal thematisiert, weil die europäischen Wählerinnen und Wähler an die Lage gewöhnt werden sollten – seit Beginn der 1980er Jahre. Auch Deutschland wies im Durchschnitt des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts (2001-2010) mit 8.9 %<sup>2</sup> eine für das politische Establishment ärgerlich hohe Arbeitslosenquote auf. Bekanntlich wurde sie inzwischen „bereinigt“. ABER: Nicht die tatsächliche Arbeitslosigkeit ist gesunken, sondern es kam dank Hartz-IV zu einer erzwungenen Umverteilung von Arbeit. Vollzeitstellen wurden in Teilzeit und anormale Beschäftigung umgewandelt. Die tatsächliche Beschäftigung, die nur an den jährlich geleisteten Arbeitsstunden (= Arbeitsvolumen)<sup>3</sup> abgelesen werden kann, blieb ungefähr konstant. Es ist wohl kein Zufall, sondern propagandistische Absicht, dass die der breiten Öffentlichkeit präsentierten Arbeitsmarktdaten die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung, nämlich den Verlauf der jährlich geleisteten Arbeitsstunden der Gesamtwirtschaft, also das Arbeitsvolumen, allenfalls sporadisch ausweisen, und deshalb sie auch der Begriff „Arbeitsvolumen“ generell nicht geläufig – im Unterschied zur statistisch manipulierbaren Arbeitslosenquote.

<sup>1</sup> Vgl. Karl Georg Zinn, Die Krise in der Krise. Austeritätspolitik und die Wiederholung der Geschichte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 25, Heft 2/2012, S.45-52.

<sup>2</sup> Angaben nach: European Central Bank, Statistics. Pocket Book, June 2014, S. 44.

<sup>3</sup> In Deutschland wurden im Jahr 2000 57 922 Millionen Arbeitsstunden geleistet. 2013 waren es 58 071 Millionen. Siehe: <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/tab.asp?rev=RV2011&tbl=tab17&lang=de-DE> .

Für die gesamte EU betrug die Arbeitslosenquote im ersten Jahrzehnt (2001-2010) 8.6 % und in der EWU 8.7 %. In Griechenland herrschte schon damals überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit; die Arbeitslosenquote betrug 9.8 %. In Spanien waren es 11.9 %, in Portugal 8.2 %, in Italien 7.8 % und in Irland nur 6.3 %.<sup>4</sup> Auch vor der von der „Troika“ verordneten Hungerkur litt Europa bereits seit vielen Jahren unter Massenarbeitslosigkeit. Der Tabubruch des US-Ökonomen und früheren US-Finanzministers Larry Summers auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds im Herbst 2013, die Wirtschaftslage der USA und anderer OECD-Länder als „säkulare Stagnation“ zu bezeichnen, hatte für einen Moment den Vorhang geöffnet, der die unangenehme Wahrheit verbirgt. Leider fügte Summers weder eine Erklärung für den Stagnationsbefunde hinzu, noch gab er wenigstens einen Hinweis auf die stagnationstheoretischen Prognosen von Keynes, Fourastié und anderen aus den 1940er Jahren. Die Stagnation ist aber realwirtschaftliche Tatsache.

Die inneren Triebkräfte der privatkapitalistischen Akkumulationsdynamik der hoch entwickelten Volkswirtschaften schwinden. Die wachstumspolitisch einzig möglich und sinnvolle Steigerung von Nettoinvestitionen ist die Verlagerung von der privaten auf die öffentliche Sachkapitalbildung, also Infrastruktur im weiten Sinn. Sie wird ideologisch blockiert: Privat wäre gut, staatlich schlecht. Der einfache Sachverhalt, dass private Produktionskapazitäten in erheblichem Umfang auf öffentliche Nachfrage ausgerichtet sind, spielt in den wirtschaftspolitischen Aktivitäten kaum noch eine Rolle. Bei unausgelasteten Kapazitäten fehlt halt der privatwirtschaftliche Investitionsanreiz.

Ein nicht unbedeutender Teil der privaten Produktionskapazitäten war früher schon von der öffentlichen Nachfrage abhängig, und diese Abhängigkeit ist heute noch größer. Deshalb läuft auch die zentralbankpolitische Geldvermehrung ins Leere, wenn die öffentlichen Hände gleichzeitig zum Gebet für „Schwarze Null“ gefaltet werden (sollen). Mehr SUVs (Sport Utility Vehicle) trotz oder gar wegen tieferer Schlaglöcher ist sicher keine zukunftsfähige Alternative zur Schwarzen Null. Das Verschuldungsproblem - der südeuropäischen, aber auch der noch etwas weniger lädierten Volkswirtschaften - besteht letztlich nicht in den Schulden per se, sondern in der Fehlverwendung der früher aufgenommen Kredite - Folge von Korruption und politischem Missmanagement. Die neue griechische Regierung will und kann (hoffentlich) die Lage grundlegend verändern. Neues Geld würde jetzt gewiss in volkswirtschaftlich sinnvolle Projekte investiert werden, und das wäre ein fundamentaler Unterschied zur Geld- bzw. Kreditverschwendung früherer GR-Regierungen, als „den“ Griechen mit deutscher Unterstützung die Verschuldung erheblich erleichtert wurde, damit u. a. Griechenland deutsche U-Boote kaufen und bezahlen konnte. Gab es etwa keine bessere Verwendung für den Kreditzufluss?

Die Tsipras-Gegner in der Athener Demokratie der Gegenwart werden sich nicht scheuen, den alten ideologischen Schulterschlüsse mit der konservativen Mehrheit auf europäischen Regierungsbänken zu festigen. Es geht ihnen darum, die linken Bewegungen – nicht nur in Griechenland - zu desavouieren. Die griechischen Altparteien erneut an die Regierung zu bringen, ist leider kein aussichtsloses Unterfangen. Denn der griechische Wahlausgang im Januar 2015 kam bei der relativ niedrigen Wahlbeteiligung von 64 % zustande, und die rund 36.4 % von Syriza entsprechen somit knapp einem Viertel (genau: 23.3 %) der wahlberechtigten Griechinnen und Griechen. Von einem „Aufstand“ des griechischen Wahlvolkes gegen die Hörigen der Troika kann

---

<sup>4</sup> Quelle: Siehe Fußnote 2.

also nicht die Rede sein. Wenn Syriza bereits nach der vorhergehenden Wahl 2012 an die Regierung gekommen wäre, hätte Griechenland eine erheblich stärkere Verhandlungsposition gehabt, und es wären zwischenzeitlich weniger Menschen in Verzweiflung gestürzt worden. Die weit in die Geschichte zurück reichende „...*Kunst, die Völker zu plündern, ohne sie zugleich zum Aufstand zu treiben*“, um aus der posthumen Fortschrittsschrift des französischen Aufklärers Condorcet (1743-1794)<sup>5</sup> zu zitieren, beherrscht der Hightech-Kapitalismus von Google, Facebook & Co. wohl noch effektiver als die Herrschaftsklasse des vorindustriellen Feudalismus.

Einen linken Königsweg aus der Dauerkrise gibt es nicht. Der rechte ist absolut gescheitert, soweit es die Lage der arbeitenden Klasse betrifft. In den höheren Stockwerken der Verteilungspyramide mag es zwar Klagen geben, aber Anlass zu Klage besteht dort wahrlich nicht. Es bedurfte nicht der Piketty-Daten, um sich der Tatsache zu sicher zu sein, dass der stagnationsgeplagte Kapitalismus die Verteilungsungleichheit noch verschärft. Vielleicht verdankt sich der Erfolg der Monographie über den Kapitalismus im 21. Jahrhundert primär auch gar nicht der materialreichen Fundierung des Verteilungsskandals, sondern dem treuherzigen Bekenntnis Pikettys zum Kapitalismus, dessen ärgerlichen „Auswüchse“ er mit einer progressiven Vermögenssteuer beschnitten sehen möchte. Wenn die Systempopularität durch „Auswüchse“ aufs Spiel gesetzt wird, ist der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ gefordert. Beispielsweise hatte US-Präsident Theodore Roosevelt (1858-1919; Regierungszeit: 1901-1909) die Anti-Trust-Gesetzgebung – vor allem gegen die Tycoons Carnegie, Rockefeller und J. P. Morgan) gerichtet – forciert, um die unpopulär gewordenen Auswüchse des Monopolkapitals zu kappen. Der „Fair Deal“ des ersten Roosevelt war aber keineswegs ein „New Deal“ zugunsten der arbeitenden Massen. Dass die Herrschenden im Eigeninteresse die allzu Übermütigen der eigenen Klasse auch mal in die Schranken weisen (müssen), gehört nun mal zur *Kunst, die Völker zu plündern, ohne sie zugleich zum Aufstand zu treiben*.“ Die bisherige Teufelsgeduld der südeuropäischen Wahlbevölkerungen mit der Austeritätspolitik gibt dafür wieder ein kapitalfreundliches Beispiel.

Die griechische Regierung verfügt über ökonomischen Sachverstand und wird sich gegebenenfalls auch noch beraten lassen. Es wäre ungeschickt, die verfügbaren Optionen vorschnell publik zu machen. In dem absehbaren politischen Pokerspiel zwischen David und Goliath entscheiden nicht nur die vermeintlich besseren ökonomischen Karten, sondern es wird auch auf die kluge Handhabung *aller* europapolitischen Finten ankommen. Denn wenn „Europa scheitert“ dürften die *politischen* Kollateralschäden gerade für die deutsche „Mittelmacht“ verheerend ausfallen, und ob dann die Exportüberschüsse die Tränen trocknen, ist äußerst zweifelhaft.

---

<sup>5</sup> Condorcet, Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes, Frankfurt/M 1976, S. 134.